



Nordkurier

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR MECKLENBURG-VORPOMMERN

Donnerstag, 9. Juli 2009

www.nordkurier.de

Nr. 157 S. A 7333 1,00 Euro

Wasserski-Elite kämpft um Titel

FELDBERG (SK). Die deutschen Meister im Wasserski werden von morgen bis zum Sonntag auf dem Kleinen Haussee von Feldberg ermittelt. Innenminister Lorenz Caffier (CDU) als Schirmherr eröffnet heute Abend die Titelkämpfe. Der gastgebende WSC Luzin Feldberg erwartet bis zu 80 Starter aus zwölf Vereinen in fünf Altersklassen und schickt selbst neun Sportler an den Start. Der WWC Reitbahnsee Neubrandenburg stellt mit Bojan Schipner den aktuell erfolgreichsten deutschen Wasserski-Läufer. Der Sportsoldat wird in der Altersklasse U21 starten. Der 20-Jährige hat schon viele sportliche Meriten gesammelt, ist U21-Vizeeuropameister im Springen und Garant für viele nationale Titel. Zusammen mit ihm starten vier weitere Athleten des Viertorestädter Vereins.

BERICHT SEITE 11



Bojan Schipner vom WWC Reitbahnsee Neubrandenburg hat sich intensiv auf die deutschen Meisterschaften vorbereitet.

FOTO: HEIKO BRÖHN

Energiepark strebt Neustart an Mehr Rechte für Vermieter

SORGEN Nach einer Gesetzesänderung wurde die Anlage auf ein Viertel ihrer Leistung heruntergefahren. Anleger fürchten um ihr Geld.

PASEWALK/WESTPORT (JSP). Mit einem Neustart wollen Eigentümer und Betreiber des Energieparks Penkun (Uecker-Randow-Kreis) das drohende Aus der Anlage verhindern. Sollte die Politik der Anlage keinen Bestandschutz gewähren, sei die Umrüstung von Deutschlands größtem

Biogas-Kraftwerk von der Stromerzeugung auf Gas-Einspeisung in die öffentlichen Netze eine realistische Alternative, sagte Peter Hein, Geschäftsführer der Fondsgesellschaft Doric Asset Finance in Westport (US-Bundesstaat Connecticut) auf Nordkurier-Anfrage. Die Kosten für den Umbau beziffert Georg Stieler, Assistent der Geschäftsführung des Leipziger Anlagenbetreibers NAWARO AG, mit 30 Millionen Euro.

Deutschlands größter Biogas-Kraftwerk an der polnischen Grenze war in wirtschaftliche Turbulenzen geraten, nachdem

für derartige Großanlagen die Vergütung für den erzeugten Strom per Gesetz rückwirkend gesenkt worden war. Diese Regelung war später auch vom Verfassungsgericht abgelehnt worden (wir berichteten). Umweltschützer hatten die Anlage, die aus 40 Kleinkraftwerken mit insgesamt 20 Megawatt Leistung besteht, immer wieder als überdimensioniert kritisiert.

Eigentümer der 100-Millionen-Euro Investition in Penkun ist die Fondsgesellschaft GENO Bioenergie I, aufgelegt von der Doric Asset Finance & Verwaltungs GmbH

„Die für 2008 angekündigte Ausschüttung wurde nicht gezahlt.“

BERICHT SEITE 4

in Offenbach (Hessen). Investiert in den Fonds haben rund 5500 Anleger, unter denen offenbar die Angst vor Verlusten wächst. Ihnen war eine jährliche Rendite von elf Prozent zugesichert worden. „Die für 2008 angekündigte Ausschüttung wurde nicht gezahlt“, bestätigt Doric-Chef Hein.

Der Penkuner Energiepark, in dem 40 Kleinkraftwerke zu einer Großanlage zusammengefasst sind, arbeitet laut Hein derzeit nur mit einem Viertel der möglichen Gesamtleistung von 20 Megawatt. Inzwischen befassen sich mehrere Rechtsanwaltskanzleien mit dem Fall und bieten per Internet ihre Dienste an.

Mehr Rechte für Vermieter

KARLSRUHE/BERLIN (DDP). Der Bundesgerichtshof hat die Rechte von Vermietern bei einer Mieterhöhung gestärkt. Diese dürften sich dabei grundsätzlich auf die im Mietvertrag vereinbarte Wohnfläche berufen, selbst wenn die tatsächliche Fläche kleiner sei. Dies gelte jedoch nur, solange die Abweichung nicht größer als zehn Prozent ist, entschied der BGH gestern in Karlsruhe. Erst bei einer Überschreitung der Toleranzgrenze sei es dem Mieter nicht mehr zumutbar, sich an der Vertragsvereinbarung festhalten zu lassen. Der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) begrüßte das Urteil und nannte es „praxisgerecht“.

AZ: VIII ZR 205/08

BLICKPUNKT LOKALES

Brücke Mitte August fertig

NEUBRANDENBURG (NK). Über den Baufortschritt an der Baustelle der Brücke Bachstraße herrscht Zufriedenheit unter den Beteiligten. In der zweiten August-Hälfte soll es heißen: Frei für den Verkehr. Der genaue Termin indes steht noch nicht fest. SEITE 15

Rauchmelder im Visier

NEUBRANDENBURG (NK). Schornsteinfegers Berufsbild hat sich in den vergangenen Jahren rapide gewandelt. Jetzt gibt es einen neuen Schwerpunkt darin: die Installation und Kontrolle von Rauchmeldern. Es ist Zeit, hierbei aufzuräumen. SEITE 16

Aufklärung über AIDS

NEUBRANDENBURG (NK). Über etwas andere Verkehrsrisiken wurden jetzt Schüler der Klassenstufen sieben bis zehn im Rathaus aufgeklärt. Dort machte ein AIDS-Präventionsprojekt Station, die Kinder konnten sich anschaulich informieren. SEITE 17

Kirschernte in Bargensdorf

BARGENSdorf (NK). Die Kirschernte ist angefallen, auch in Bargensdorf. Dort hat sich Ulrich Tilinski eines Stückes der früheren Plantage angenommen, das Land gepachtet. Seitdem schwört er auf die Bio-Ware frisch vom Baum. SEITE 21

INHALT

Meinung & Nachrichten	2	Sport	9-11
Blickpunkte	3	Politik & Hintergrund	13
Aus dem Land	4-5	Lokales	15-21
Wirtschaft & Soziales	6	Leserservice	22
Aus aller Welt	7	Kultur & Freizeit	23-28



HEISSER DRAHT
Expertenauskunft
zum Thema Rente
Rentenanstieg zum 1. Juli

UMSCHAU



SCHWERIN
Rechnungshof prüft Fraktionen

Schwerin (DPA). Der Landesrechnungshof will die Verwendung öffentlicher Gelder durch die Fraktionen im Landtag prüfen. Einen entsprechenden Bericht der „Ostsee-Zeitung“ bestätigte ein Sprecher des Rechnungshofs. Einen bestimmten Anlass für die Überprüfung gebe es nicht. Rechnungshofpräsident Tilmann Schweisfurth sprach von einer „Routineprüfung“, die einmal in jeder Legislaturperiode stattfindet. Nach Medienberichten soll es insbesondere bei der NPD Unregelmäßigkeiten beim Umgang mit Fraktionsgeldern geben. Fraktionsmittel seien für die Parteiarbeit genutzt worden, was verboten ist.

Linke will Gesetz für gute Nachbarschaft

Linke hat ein Nachbarrechtsgesetz gefordert nach Angaben der Landtagsfraktion das sogenannte Hamerschlags- und Letzterrecht, so dass etwa bei Renovierungen auch Nachbargrundstücke betroffen werden dürfen. Ferner will die Linke das Heckenwachstum und die Errichtung von Zäunen regeln, erklärte die rechtspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Barbara Borchardt.

FDP befürchtet Lehrermangel

Schwerin (DPA). Die FDP im Landtag hat Bildungsminister Henry Tesch (CDU) zu Maßnahmen gegen den drohenden Lehrermangel aufgefordert. „Die Landesregierung gefährdet den Erfolg unserer Schulen, weil sie kein Konzept für den dramatisch wachsenden Lehrermangel im Land hat“, erklärte der FDP-Bildungspolitiker Hans Krehe. Ein Gutachten des Essener Bildungsforschers Klaus Klemm und der Landesrechnungshof hätten diesen „erschreckenden Befund“ bestätigt. Das Bildungsministerium soll sich heute im Bildungsausschuss des Landtags zu dem Thema äußern.

Beamtenbund für Teilzeitmodelle

Schwerin (DPA). Der Deutsche Beamtenbund (dbb) plädiert dafür, beim angestrebten Personalabbau in der Landesverwaltung verstärkt Teilzeitmodelle zu nutzen. Durch die Inanspruchnahme von Teilzeit auf freiwilliger Basis könne die von der Landesregierung beschlossene Stellenreduzierung sozial abgefedert werden, erklärte dbb-Landeschef Dietmar Knecht.

Container-Schiffen fehlen die Aufträge



Rostock (DPA). Die weltweite Wirtschaftskrise dokumentiert sich auch an den Kais des Seehafens Rostock. Seit Wochen liegen die Containerfrachter Wehr Havel, Wehr Alster, Northern Valour und Northern Trust nebeneinander an der Leine. Die vier Schiffe fahren nicht mehr zur See, weil sie wegen

fehlender Transportaufträge durch die Weltwirtschaftskrise nicht gebraucht werden. Etwa 1000 Containerschiffe sind weltweit unbeschäftigt. Die Frachtraten für Containerschiffe sind bereits in diesem Jahr um 30 Prozent eingebrochen und haben sich seit Anfang 2008 sogar fast halbiert. Doch

eine Branche boomt seit Monaten: Schiffsabwracker. Die Zahl der verschrotteten Containerschiffe, Tanker, Massengutfrachter und Autofähren wird sich nach Angaben des indischen Verbands der Schiffsrecycler SEIA 2009 etwa verdreifachen.

Anleger zittern um Rendite

ANLAGE Anwälte machen gegen die Fondsgesellschaft des Bioenergie-Parks mobil, die keine Gefahr für die Investoren sieht. Ins Fadenkreuz geraten auch Banken.

VON JÖRG SPREEMANN

PASEWALK/BREMEN. Geldanlagen in Öko-Fonds sind beliebt, davon ist Jan-Hennig Ahrens überzeugt. „Trotzdem müssen auch diese Investments unter betriebswirtschaftlichen Aspekten geprüft werden“, empfiehlt der Bremer Fachanwalt eindringlich. Den Fonds Geno Bioenergie I, der das Geld für den Bau des Energieparks Klarsee Penkun (Uecker-Randow) eingesammelt hat, stuft Ahrens in dieser Hinsicht als „sehr problematisch“ ein. Den 5500 Anlegern, die insgesamt 100 Millionen Euro in den Biogaspark investiert haben, drohen beträchtliche Verluste, warnt Ahrens.

Seine auf Anlage- und Bankrecht spezialisierte Kanzlei KWAG vertritt bereits Investoren, die Anteile für Penkun gezeichnet hatten. „Wir haben da ein paar Dutzend Mandanten“, versichert er. Zunächst werde eine außergerichtliche Klärung gesucht. Ahrens kündigt Klagen auf Schadenersatz an, wenn keine Einigung erzielt werden könne.

Aus Sicht des Anwalts droht dem Bioenergie-Fonds das Aus, weil die versprochenen Renditen von elf Prozent pro Jahr nicht erreicht werden. „Die Hauptidee für Penkun erweist sich als tückische Falle für die Anleger“, befürchtet Ahrens. Denn anders als erhofft wird Penkun nicht mit 40 Kleinanlagen, sondern als eine Großanlage nach der Neuregelung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) eingestuft. Dadurch sinke gegenüber den Planungen die Vergütung für den in das öffentliche Netz eingespeisten Strom. Das führe zu sinkenden Umsätzen und Renditen.

Nach Meinung der KWAG war die rechtliche Konstruktion für Penkun von vornherein wacklig, weil die von Ideengeber und Kraftwerksbetreiber NAWARO AG Leipzig angepeilte Einstufung der 40 Module als Einzelanlagen mit höherer Vergütung schon immer fragwürdig gewesen sei. Zudem lägen Informationen vor, dass die für den Betrieb der Anlage benötigten 300 000 Tonnen Mais und Getreide in der Region gar nicht zu beschaffen gewesen seien. „Wir beobachten das Projekt bereits längere Zeit“, sagt Ahrens.

Zweifel an der Kompetenz der KWAG hegt Peter Hein, Geschäftsführer der Doric Asset Finance, die den Bioenergie-Fonds Penkun aufgelegt hat. „Anleger müssen weder den Verlust ihres Kapitals befürchten noch bestehende auf längere Sicht eine Gefahr für die Rendite“, beteuert Hein. Im Durchschnitt haben

Größtes Bio-Kraftwerk

Im Bioenergie-Park „Klarsee“ Penkun (Uecker-Randow) können die 40 einzelnen Biogas-Module bis zu 20 Megawatt Strom erzeugen. Die Anlage gilt als größtes industrielles Biogas-Kraftwerk in Deutschland und wird von der Leipziger NAWARO AG betrieben. Bei Vollast benötigt die Anlage pro Jahr über 300 000 Tonnen Maislage und rund 50 000 Tonnen Gülle zur Stromerzeugung aus Biogas (Methan und Kohlendioxid). Die Zahl der Arbeitsplätze in der Anlage wird mit rund 40 angegeben. Dazu kommen Jobs in Landwirtschaftsbetrieben und Speditionen, die den Energiepark mit Rohstoffen versorgen. **JSP**

seinen Angaben zufolge die Investoren 17 650 Euro in den Penkuner Bioenergiepark gesteckt. „Darunter sind Rentner, junge Leute und sogar Anlageberater selbst“, weiß er. Es sei verständlich, dass die Investoren beunruhigt seien. Zumal die im November 2008 fälligen Ausschüttung nicht ausgezahlt worden sei.

Geschäftsführer Hein gibt den Bioenergiepark Penkun, der derzeit nur mit einem Viertel der projektierten Gesamtleistung von 20 Megawatt arbeitet, nicht auf. „Bei 5 Megawatt ist die Vergütung für den eingespeisten Strom pro Kilowattstunde höher als bei Vollast. Dadurch fallen beim Betrieb mit geringerer Leistung zumindest keine

Verluste an“, so der Manager. Hein hofft immer noch, dass die Politik umschwenkt und Altanlagen den Bestandschutz gewährt.

Spätestens bei einem Wahlsieg von CDU und FDP im September sieht er dafür gute Chancen. „Viel leicht schwenkt die SPD vorher noch um“, meint Hein. Zerschlage sich diese Hoffnung, rücke der Umbau des Energieparks Penkun von der Einspeisung von Strom auf Biogas ins öffentliche Netz ins Blickfeld. Nach Angaben der NAWARO AG kostet die Investition weitere 30 Millionen Euro. „Das wird aber zwei Jahre in Anspruch nehmen“, so Hein.

Und ein weiteres Angriffsziel haben die Klageprofis der KWAG und anderer Kanzleien wie der Münchner CLLB ausgemacht – die Volks- und Raiffeisenbanken, über die der Fonds vertrieben worden sei. Dort seien „nach vorliegenden Dokumenten“ den Anlegern nicht die Provisionen offenbart worden, die die Banken erhalten haben.

Anwalt Ahrens spricht in diesem Zusammenhang von wahrscheinlichen „eklatanten Beratungsfehlern“. Demgegenüber geht der Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) davon aus, dass die Provisionen den Anlegern in den Beratungsgesprächen mitgeteilt worden seien sagt Sprecher Steffen Stedel. Grundsätzlich erfolge die Auswahl vertriebener Fonds im Wissen um die wirtschaftliche Verantwortung der Volksbanken in den ländlichen Regionen. „Wir gehen da nicht jeden Trend mit“, betont Stedel mit Blick auf die geplatzten Lehman-Zertifikate, die von anderen Banken verkauft worden waren.

Landräte gegen Kreisreform

DEBATTE Einen Tag nach dem Kabinettsbeschluss trafen sich gestern die Kreisräte in Anklam. Sie lehnen die Pläne ab.

ANKLAM (ESKA). Mit den Gesetzentwürfen aus Schwerin stünden die Kreise vor einem finanziellen Scheitern. Insbesondere das neue Finanzausgleichsgesetz sei es, das die Landräte verärgere, so Jan-Peter Schröder, Geschäftsführer des Landkreistages nach der zweieinhalbstündigen Beratung. Sie fordern, den Topf der Zuweisungen an die Kreise zu vergrößern statt wie aktuell geplant zu verringern.

Innenminister Lorenz Caffier (CDU) verteidigt die Reduzierung der Landesmittel für den kommunalen Finanzausgleich von 1,35 Milliarden Euro 2009 auf 1,1 Milliarden im übernächsten Jahr mit den sinkenden Einnahmen durch den Bevölkerungsschwund, mit Steuerausfällen und mit dem Auslaufen des Solidarpakts. Je verlorenen Einwohner gehen dem Land 2400 Euro verloren – 33, 6 Millionen Euro im vergangenen Jahr.

Jan-Peter Schröder hält entgegen, dass allein den Kreisen durch das neue Gesetz 60 Euro pro Kopf der Bevölkerung und damit 88 Millionen Euro verloren gingen. „Solche Defizite kann ein Haushalt eines Landkreises nicht auffangen“, so Schröder. Der Geschäftsführer des Landkreistages: „Da stellt sich die Frage, ob es zu Klamm vor dem Landesver-